

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 43 (S. 150): Städtischer Fonds für Tierarztkosten (GRÜNE)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Es geht um ein ganz wichtiges Thema, den Tierschutzfonds. Der Tierschutz hat nach eigenen Angaben der Stadt Karlsruhe eine hohe Bedeutung. Aber heute macht die Stadtverwaltung mit der Haushaltsvorlage eine Rolle rückwärts. Aus Gründen der Gleichbehandlung hätte die Grüne-Fraktion sogar einer Kürzung im Rahmen der Haushaltsstabilisierung zugestimmt. Der Verwaltungsvorschlag bedeutet aber einen tiefen Einschnitt, dies vor allem vor dem Hintergrund, dass für ca. 200.000 Euro Rechnungen für Tierarztkosten eingereicht und von der Stadtverwaltung anerkannt werden.

Ich möchte jetzt gar nicht weiter auf die Notwendigkeit eines Tierschutzfonds eingehen. Diese Angelegenheit war in letzter Zeit schon mehrmals die Angelegenheit in diversen Ausschüssen. Wir möchten Ihnen heute ein Angebot unterbreiten, ein Gesprächsangebot. Lassen Sie uns, die Stadtverwaltung, die Politik und der ehrenamtliche Tierschutz an einem Kriterienkatalog arbeiten der das Ziel hat, wie die Mittel aus dem Tierschutzfonds verwendet werden dürfen und sollen. Wir haben nun ein Jahr lang Zeit. Packen wir es an.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Auch wir sehen, dass das im Haushalt doch ein sehr starker Einschnitt war. Wir waren zuvor von 90.000 runtergegangen auf 30.000. Sollte der Betrag von den GRÜNEN nicht durchgehen, würde ich gerne von meiner Fraktion noch den Betrag von 45.000 zur Abstimmung stellen, dass da nicht zwei Drittel gekürzt wird, sondern nur die Hälfte.

Der Vorsitzende: Wenn ich die beiden Anträge richtig verstehe, begehren die GRÜNEN von 30.000 auf 60.000 Euro zu gehen. Jetzt würde dann der ergänzende Antrag sein von 30.000 auf 45.000 Euro zu gehen, so dass wir es auseinander gehalten kriegen. Dann rufe ich jetzt zur Abstimmung auf den Antrag der GRÜNEN, Erhöhung um 30.000 Euro auf 60.000 Euro. - 17 Zustimmungen, 1 Enthaltung, damit mehrheitlich **abgelehnt**.

Jetzt kommt der zweite Antrag von 30.000 auf 45.000 Euro zu erhöhen, also um 15.000 Euro. - Bei 17 Zustimmungen mehrheitlich **abgelehnt**.

(...)